



**Magiczny
Kraków**

European Cities Conference

2025-05-21

Im Rahmen des Wiener Demokratiejahrs veranstaltete die Stadt Wien am 30. und 31. Januar 2025 die Konferenz der europäischen Städte unter dem Motto „Gemeinsam gestalten: Demokratie und Teilhabe in europäischen Städten“.

Die Stadt Wien diskutierte gemeinsam mit Expert*innen und Entscheidungsträger*innen aus dem Netzwerk der Internationalen Büros Best-Practice-Beispiele, die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen und effektive Werkzeuge für Demokratie und Beteiligung. Seitens der Stadt Krakau nahmen Artur Buszek, Bevollmächtigter des Krakauer Stadtpräsidenten für Nichtregierungsorganisationen, und Mateusz Płoskonka, Leiter des Amtes für Dialog, Konsultation und Bürgerkontakte, an der Konferenz teil.

Projekte der Stadt Wien

Wien präsentierte ein breites Spektrum an Aktivitäten, vom neu eingerichteten Büro für Mitwirkung und seinen zahlreichen Projekten wie dem Wiener Klima-Team, der ersten gemeinsam entwickelten Wiener Demokratiestrategie bis hin zur gezielten finanziellen Unterstützung kleinerer partizipativer zivilgesellschaftlicher Projekte durch einen Fördertopf von 300.000 Euro. Die Expert*innen diskutierten über die aktuellen Herausforderungen der Bürgerbeteiligung in den Städten und zeigten auf, welche gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen einen breiten Zugang zu demokratischen Prozessen haben und welche Schwierigkeiten haben, sich einzubringen und die Zukunft ihrer Städte mitzugestalten.

Wie macht es Bratislava? Wie macht es Zagreb?

Wie gehen andere europäische Städte mit diesen oder ähnlichen Herausforderungen um? Die slowakische Hauptstadt hat die Stadtstrategie „Bratislava 2030“ vorgestellt, in der die Entwicklung demokratischer Prozesse eine zentrale Rolle spielt. Im Rahmen des erfolgreichen Projekts „City for Kids“ wird die Schulgemeinschaft, bestehend aus Kindern, Eltern, Lehrkräften und Schulangestellten, aktiv an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds beteiligt.

Partizipation zu institutionalisieren und langfristig zu sichern, war ein zentrales Thema der Präsentation aus Budapest. Ein Vertreter aus der ungarischen Hauptstadt berichtete von den Herausforderungen, demokratische Initiativen zu fördern, wenn gleichzeitig die Regierung demokratische Errungenschaften auf nationaler Ebene in Frage stellt.

Die kroatische Hauptstadt Zagreb hingegen ermöglichte es den Bürgern, über Infrastrukturprojekte an der Basis abzustimmen - und zwar ganz einfach über eine Mobiltelefon-App.

Bürgerbeteiligung in Krakau

Mateusz Płoskonka, Leiter des Amtes für Dialog, Konsultation und Bürgerkontakte der Stadt Krakau,



**Magiczny
Kraków**

stellte auf der Konferenz den Ansatz der Stadt Krakau zum Thema Partizipation und Bürgerbeteiligung vor. Er ging auch ausführlich auf die Politik der Stadt zur Förderung der Beteiligung junger Menschen am Stadtleben im Rahmen des Programms „Junges Krakau“ ein. All diese Aktivitäten sind wichtig und werden seit langem praktiziert. Krakau strebt an, im Jahr 2026 Europäische Hauptstadt der Demokratie zu werden, ein Titel, den Wien in diesem Jahr innehat.

Können digitale Werkzeuge helfen?

Welche Chancen und Herausforderungen die Digitalisierung für demokratische Beteiligung bieten, war Thema des letzten Panels der Konferenz. Erörtert wurde, welche Möglichkeiten digitale Tools für Bürger*innenbeteiligung eröffnen, welche Zielgruppen damit erreicht werden können – und wer möglicherweise ausgeschlossen wird. Die Abschlussdiskussion beendete die Konferenz mit einem Aufruf, die Zukunft gemeinsam positiv zu gestalten und von künftigen Veränderungen zu profitieren.

Europäische Städtekonferenzen

Die European Cities Conference (ECC) ist eine internationale Städtekonferenz-Reihe der Stadt Wien, die sich mit komplexen urbanen Herausforderungen und aktuellen Themen der kommunalen Verwaltung und der Daseinsvorsorge beschäftigt. Dabei treffen in Wien Expert*innen auf ihre Gegenüber aus den städtischen Einrichtungen im mittel- und südosteuropäischen Raum. Zum Austausch, für die Mitnahme neuer Impulse und zur Implementierung strategischer Ziele in den jeweiligen kommunalen Verwaltungen und Städten. Ganz im Sinne eines regen Dialogs über Government2Government-Projekte.